

## DIE LAGE DER DEUTSCHEN NATIONALITÄT IM PROTEKTORAT BÖHMEN UND MÄHREN UNTER DEM ASPEKT DER „EINDEUTSCHUNG“ DIESES GEBIETS

Von Petr Němec

Aus Hitlers Gesamtkonzeption der „Germanisierung“ folgte, daß sich die Aktivitäten des Okkupationsregimes im Protektorat Böhmen und Mähren unter diesem Aspekt entschieden nicht nur auf Maßnahmen gegen die tschechische Nation beschränken konnten. Die zweite, nicht weniger wichtige Seite der „Eindeutschung“ des böhmisch-mährischen Raums bildete der Versuch, die vorhandenen deutschen Positionen im Protektorat Böhmen und Mähren in jeder Hinsicht zu stärken und nach Möglichkeit weiter auszubauen. Es gehört zu den Spezifika der deutschen Okkupationspolitik in Böhmen und Mähren, daß die praktische Verwirklichung dieses Aspekts der Germanisierung nahezu unmittelbar nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei in Angriff genommen wurde. Da im Landesinneren der Tschechoslowakei Bürger deutscher Nationalität lebten, rechneten die Nationalsozialisten damit, diese für ihre Ziele ausnutzen zu können. Da praktisch keine für Kolonisierungszwecke geeigneten menschlichen Reserven zur Verfügung standen, stellten die Protektoratsdeutschen den wichtigsten Stützpunkt des Deutschtums in diesem Raum dar.

Verständlicherweise zielte das Interesse der Nationalsozialisten zuallererst darauf, die Zahl der Angehörigen der deutschen Nationalität im Protektorat festzustellen. Die Ergebnisse dieser ersten Maßnahme mußten die deutschen Behörden freilich tief enttäuschen. Die ermittelten Zahlen ließen sich keineswegs zu propagandistischen Zwecken ausnutzen; vielmehr ordnete K. H. Frank an, daß die statistischen Angaben zur Zahl der Deutschen geheimgehalten werden sollten<sup>1</sup>. Zum 15. März 1939 wurde die Zahl der Einwohner des Protektorats, die zur deutschen Nationalität gehörten, auf 215571 geschätzt<sup>2</sup>. Das Bemühen der Nationalsozialisten, national schwankende Personen und Karrieristen der verschiedensten Art dazu zu bewegen, sich zur deutschen

---

<sup>1</sup> Dies wurde beispielsweise im Zusammenhang mit den Wahlen deutlich; dabei war den Protektoratsdeutschen am 13. April 1939 versprochen worden, daß ein Abgeordneter auf 60000 deutsche Wähler entfallen würde. Frank wollte dann jedoch die Wahlen verschieben, damit die zahlenmäßige Schwäche des deutschen Bevölkerungsteils im Protektorat nicht vor aller Welt offenkundig wurde. Brandes, D.: Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Bd. 1. München - Wien 1969, 160.

<sup>2</sup> Král, V.: Otázky hospodářského a sociálního vývoje v českých zemích 1938-1945 [Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den böhmischen Ländern 1938-1945]. Bd. 1. Praha 1957, 45. Dort auch die unten angeführte Zahl für das Jahr 1944.

Nationalität zu bekennen, hatte einen gewissen, wenn auch problematischen Erfolg, so daß sich die erwähnte Zahl im weiteren Verlauf der Okkupation allmählich erhöhte. Zum 1. September 1940 führt der Bericht der Behörde des Reichsprotectors die Zahl 244 739 an<sup>3</sup>, und im Jahr 1944 erreichte die Zahl der Protektoratsdeutschen annähernd 284 360.

Der Bericht der Behörde des Reichsprotectors vom Oktober 1940 führt noch weitere statistische Hinweise an. Mit 244 739 Personen stellten die Deutschen in dieser Zeit 3,3 Prozent der gesamten Einwohner des Protektorats (7 380 000) dar. Diese Gesamtzahl gibt jedoch kein genaues Bild von der Verteilung der Deutschen. Hier bestanden zwischen Böhmen und Mähren beträchtliche Unterschiede: während in Böhmen neben 4 830 700 Tschechen nur 85 983 Deutsche (= 1,8 Prozent) lebten, wurden in Mähren 2 549 300 Tschechen und 158 756 (= 6,2 Prozent) gezählt.

Hinzu kamen beträchtliche örtliche Unterschiede; so stellten die Deutschen beispielsweise im Verwaltungsgebiet des Brünnner Oberlandrats mit 74 459 Personen knapp über 10 Prozent der gesamten Einwohnerschaft. In Böhmen wies das Verwaltungsgebiet Budweis mit 6,8 Prozent (= 15 577 Personen) den höchsten Prozentsatz von Deutschen auf, während die absolut stärksten deutschen Positionen in Prag lagen (32 439), die jedoch nur 2,6 Prozent der Gesamtbevölkerung der Stadt erreichten. Andererseits gab es nur wenige Verwaltungsgebiete in Böhmen und Mähren, in denen die deutsche Nationalität nicht einmal 1 Prozent bildete; dies galt etwa für Kolin (0,4), Zlin (0,6), Melnik (0,6), Tabor (0,6) u. a.<sup>4</sup>

Der Brünnner Oberlandrat Hofmann bemerkte hierzu: „Die Bestandsaufnahme der zahlenmäßigen Stärke des Deutschtums, wie sie die deutsche Volkserfassung im Protektorat darstellt, hat, das muß heute wohl zugestanden werden, bei weitem nicht das Ergebnis gezeitigt, das von ihr nach den Angaben und Schätzungen der volksdeutschen Führerkreise erwartet werden mußte. Die Zahl der erfaßten Volksdeutschen mag sich im Lande Mähren, soviel sich aus den Berichten der Oberlandräte ersehen läßt, auf etwa 150 000 belaufen. Daß sich mit dieser Zahl gegenüber rund 2,3 Millionen Protektoratsangehörigen nicht viel Großes anfangen läßt, liegt ohne weiteres auf der Hand, zumal wenn man noch in Rechnung zieht, daß das Deutschtum stark überaltert ist.“<sup>5</sup>

Diese letztere Tatsache läßt sich am Beispiel Brünns deutlich machen, dessen deutscher Bevölkerungsteil folgende Alterszusammensetzung aufwies:

bis 10 Jahre – 5 Prozent  
10 bis 20 Jahre – 8,5 Prozent

<sup>3</sup> Státní ústřední archiv Praha [Staatliches Zentralarchiv Prag], im folgenden zit. SÚA, fond Úřad říšského protektora [Fonds Behörde des Reichsprotectors], im folgenden zit. ÚŘP, Karton 287, I 1b–2000. Erfolgsbericht über die Deutschtumsarbeit der Oberlandräte, 5. Oktober 1940. Die im folgenden angeführten Zahlen können nur einer groben Orientierung dienen.

<sup>4</sup> E b e n d a.

<sup>5</sup> Beilage zum Monatsbericht des Brünnner Oberlandrats Hofmann für August 1940 („Volks-tumspolitik im Lande Mähren“). Státní oblastní archiv Brno [Staatliches Gebietsarchiv Brünn], im folgenden zit. SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 22, Blatt 231.

20 bis 30 Jahre	– 12 Prozent
30 bis 40 Jahre	– 19,5 Prozent
über 40 Jahre	– 55 Prozent

Dem niedrigen Anteil der Bevölkerung im produktiven Alter entsprach die niedrige Zahl der Geburten bei den Deutschen (auf eine Ehe mit Ehepartnern im Alter zwischen 20 und 40 Jahren entfiel im Durchschnitt nur ein Kind). Hofmann sah deshalb weitere große zahlenmäßige Verluste voraus und wies zugleich auf die erhebliche Schwächung des Deutschtums und auf den Rückgang seines Einflusses in allen gesellschaftlichen Bereichen hin<sup>6</sup>.

Die Nationalsozialisten versuchten mit Hilfe zahlreicher statistischer Vergleiche den Nachweis zu führen, daß dieser wenig erfreuliche Zustand vor allem durch den starken „Tschechisierungsdruk“ in den zwanzig Jahren der Existenz der ČSR verursacht worden sei. Daher leiteten sie ihre Ansprüche auf das Gebiet von Böhmen und Mähren aus den tendenziösen Schlußfolgerungen ab, die die nationalsozialistische Geschichtswissenschaft über die Rolle der Deutschen in der historischen Entwicklung dieses Gebietes propagierte.

Die Unterstützung der deutschen Nationalität war die vorrangige Aufgabe aller deutschen Okkupationsbehörden. An erster Stelle ist dabei der Reichsprotektor und seine Behörde zu nennen, die unter dem Einfluß der höchsten Reichsstellen in Berlin stand und die gesamte Protektoratspolitik lenkte. Nicht geringe Bedeutung besaßen im Hinblick auf die Förderung der deutschen Nationalität jedoch auch die Oberlandräte, denen die Kenntnis der örtlichen Verhältnisse ermöglichte, nicht nur in der Rolle des Exekutivorgans, sondern häufig auch als der eigentliche Initiator konkreter Maßnahmen aufzutreten. Außerdem ist eine ganze Reihe verschiedener Behörden, Institutionen und Organisationen zu erwähnen, die im Rahmen ihres Tätigkeitsbereichs ihren Teil zur Verwirklichung der Zielvorstellungen der Deutschtumspolitik beitrugen.

In den ersten Jahren der Okkupation verfolgten die deutschen Behörden theoretisch und praktisch die Konzeption der Schaffung geschlossener deutscher Siedlungsgebiete, in denen die Rolle des deutschen Elements schrittweise so gestärkt werden sollte, daß man in einer späteren Phase zur völligen „Eindeutschung“ dieser Gebiete würde übergehen können<sup>7</sup>. Die Hauptaufgabe bestand dabei darin, diese Gebiete in Ausgangspunkte weiterer Maßnahmen zur Eindeutschung zu verwandeln und sie zugleich zur Aufsplitterung des tschechischen Siedlungsgebietes in kleinere Teile zu

---

<sup>6</sup> *Ebenda* Blatt 232f.

<sup>7</sup> „Eine planmäßige Deutschtumspolitik kann auf die Dauer, schon um kräfteraubende Zersplitterungen zu vermeiden, nicht ohne Festlegung der künftigen deutschen Interessengebiete auskommen. Besonders in der Beamten- und Kommunalpolitik, bei der Verhinderung der tschechischen Unterwanderung und der Verleihung des Heimatrechtes an tschechische Rückwanderer, bei der Raumordnung, Bodenpolitik usw. muß nach einheitlichen Richtlinien vorgegangen werden.“ Bericht über die von der Behörde des Reichsprotektors geleistete Volkstumsarbeit (Stand 1.10.1940). SÚA. ÚRP, Karton 287, I1b-2000.

nutzen, wodurch die leichtere Assimilierung der dort lebenden Tschechen ermöglicht werden sollte<sup>8</sup>. Auf diese Weise sollten sogenannte Volkstumsbrücken geschaffen werden, die die kompakt besiedelten deutschen Gebiete miteinander verbanden.

Die Nationalsozialisten gingen bei ihrer Planung von der aktuellen Lage des Deutschtums im Protektorat aus, und von daher ist es verständlich, daß sie ihre Aufmerksamkeit in hohem Maße Mähren zuwandten, wo der deutsche Bevölkerungsanteil erheblich größer war als in Böhmen. In vielen Berichten über die nationalitätenpolitischen Aufgaben wurde ferner betont, daß sich in Mähren die Gelegenheit biete, die ethnische und ethnographische Andersartigkeit der Hanaken, Walachen und Horaken und anderer „mährischer Stämme“ auszubeuten, die sich vom tschechischen Chauvinismus distanzieren und daher leichter für die deutsche Seite gewonnen werden konnten<sup>9</sup>.

In Mähren sollte die wichtigste Volkstumsbrücke ursprünglich auf der kürzesten Verbindung zwischen der Reichsgrenze im Norden und Süden, also auf der Linie Brünn–Zwittau, errichtet werden, die mit der Streckenführung der geplanten Reichsautobahn zusammenfiel. Der Leiter der Brüner Amtsstelle des Reichsprotectors Horst Naudé entschloß sich jedoch dazu, auf der Grundlage von Vorschlägen und Stellungnahmen der Oberlandräte für einen anderen Verlauf dieser Linie einzutreten, der die bestehenden deutschen Siedlungsverhältnisse besser nutzte<sup>10</sup>.

Zum Zwecke einer systematischeren Eindeutschung und dauerhafterer Ergebnisse der Germanisierungsbestrebungen wollte Naudé Mähren in insgesamt fünf Interessengebiete einteilen, die aufgrund ihrer nationalen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung als Schlüsselpositionen des Deutschtums angesehen werden sollten. Das erste Interessengebiet sollte Mähren in zwei Teile teilen, indem es die Süd- und Nordgrenze des Protektorats auf der Linie Brünn–Olmütz verband und so eine Brücke zwischen den Gauen Schlesien und Niederdonau bildete. Südlich von Brünn stützte sich diese Brücke auf die deutschen Positionen in den Brüner Vorstädten Kumrowitz, Ober- und Unter-Gerspitz, Brünn-Nennowitz und Preisnitz, ferner auf Gemeinden mit deutscher Mehrheit (Schöllschitz, Mödritz und Morbes) und weitere Basen in Groß-Seelowitz, Kanitz und anderen Orten, in denen sich Großgrundbesitz des deutschen Adels oder unter Zwangsverwaltung befand. Zwischen Brünn und Olmütz bildeten die wichtigsten Teile dieser Linie die Sprachinsel um Wischau und ein in ihrer Nähe gelegener erweiterter Truppenübungsplatz, dann Proßnitz mit Umgebung und Olmütz selbst mit der zu der Stadt gehörenden Sprachinsel. Nördlich von Olmütz waren die deutschen Positionen bereits schwächer.

Als zweites Interessengebiet sah Naudés Plan die Region nördlich von Brünn bis Zwittau vor; hier sollte der geplante Bau der Autobahn Wien–Breslau für die

<sup>8</sup> Deutschtumsarbeit im Lande Mähren. SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 12, Blatt 123.

<sup>9</sup> Volkstumpolitik im Lande Mähren, August 1940. SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 22, Blatt 273 f.

<sup>10</sup> Deutschtumsarbeit im Lande Mähren. SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 12, Blatt 123–147.

nationalpolitischen Zielsetzungen nutzbar gemacht werden. Eine dritte, sehr wichtige Linie sollte sich auf die Iglauer Sprachinsel stützen, die bis zur Reichsgrenze bei Datschitz und Jamnitz und nach Norden bis zur Grenze der Sudeten künstlich erweitert werden sollte. Dadurch würde es gelingen, Böhmen und Mähren durch einen Damm zwischen den Nationalitäten voneinander zu trennen. Ein weiteres zentrales Gebiet bildeten die nördlichen Randzonen des Protektorats um die Städte Leipnik und Mährisch Weißkirchen; hier sollte das Deutschtum im Zusammenhang mit dem Bau des Oder-Donau-Kanals gestärkt werden. Das fünfte Interessengebiet bestand aus dem Grenzgebiet um Mährisch Ostrau und einer Linie von Stützpunkten, die sich an der Ostgrenze des Protektorats entlang nach Süden bis Göding hinzogen. Dieses Territorium sollte Böhmen auf Dauer von der Slowakei und Polen trennen und vom Slawentum im Osten isolieren. Der Plan rechnete auch damit, daß Brünn aufgrund seiner zahlenmäßig starken deutschen Minderheit (in der Stadt lebte fast die Hälfte der Deutschen des mährischen Teils des Protektorats) zum Mittelpunkt des Deutschtums in Mähren werden würde.

In Böhmen stellte sich die Situation aus deutscher Perspektive weit weniger vielversprechend dar. Dies hinderte die Deutschen allerdings nicht daran, auch hier ähnliche Volkstumsbrücken wie in Mähren zu planen. Der Jičiner Oberlandrat Dr. Möller setzte sich mit großem Elan für die Schaffung einer deutschen Volkstumsbrücke ein, die von den Sudeten über Turnau, Münchengrätz, Weißwasser, Jungbunzlau, Neubenatek und Brandeis nach Prag reichte. Anhand von Ortsnamen und Resten deutscher Besiedlung kam er zu dem Schluß, daß eine solche Brücke hier schon einmal existiert habe. Möller wollte so vorgehen, daß die deutschen Positionen zunächst in einem schmalen Grenzstreifen aufgebaut und befestigt werden sollten, um dann von dort aus systematisch in das Landesinnere vorzustoßen<sup>11</sup>.

Mit diesem Projekt konkurrierte in gewissem Maße ein Plan zur Errichtung einer ähnlichen Volkstumsbrücke auf dem kürzesten Weg zwischen Prag und den Sudetengebieten, also über Melnik. Hierfür engagierte sich besonders der Prager Oberlandrat von Watter<sup>12</sup>. Der Oberlandrat von Melnik stellte in diesem Zusammenhang fest, daß seinem Verwaltungsbezirk nunmehr eine größere nationalpolitische Bedeutung zukomme, machte aber zugleich darauf aufmerksam, daß Melnik ein rein tschechisches Verwaltungsgebiet sei, in dem einige verstreut lebende Deutsche nur 0,5 Prozent der Gesamtbevölkerung darstellten. Ferner erklärte er, daß es bis dahin – abgesehen von völlig unwesentlichen Ausnahmen – nicht gelungen sei, für die Grundlage einer jeden Besiedlung zu sorgen, nämlich entsprechenden Bodenbesitz sicher-

<sup>11</sup> Memorandum über die bisherige Volkstumsarbeit im Oberlandratsbezirk Jitschin, 30. August 1940. SÚA. ÚŘP, Karton 289, I 1b–2016.

<sup>12</sup> Im März 1940 schlug die Behörde des Reichsprotektors vor, Finanzmittel für die rechtzeitige Ausarbeitung detaillierter Pläne zur „Eindeutschung“ dieses Gebietes verfügbar zu machen. Der Vorschlag wurde akzeptiert und den anderen Oberlandräten zugeleitet; zugleich wurde von Watter jedoch darauf hingewiesen, daß die Volkstumsbrücke von Prag über Melnik in das Sudetengebiet vorerst als Fernziel betrachtet werden müsse. Šisler, S.: *Německá kolonizace českých zemí v letech 1941–1942* [Die deutsche Kolonisierung der böhmischen Länder in den Jahren 1941–1942]. ČL 71/4 (1984) 217.

zustellen. Weder tschechischer noch jüdischer Grundbesitz habe bislang in deutsche Hände überführt werden können. Die erste Etappe der Verwirklichung seines Planes sollte nach den Vorstellungen des Oberlandrats in dem Versuch bestehen, die als Land- oder Industrierarbeiter verstreut lebenden Deutschen in einigen Gemeinden zusammenzufassen. In Frage kamen hierfür diejenigen Städte, in denen sich größere deutsche oder von Treuhändern verwaltete Industriebetriebe, Behörden oder ständige Garnisonen der Wehrmacht befanden. Zugleich wies der Oberlandrat darauf hin, daß sich die Situation des Deutschtums in Melnik selbst durch die Auflösung der Oberlandratsbehörde grundlegend verschlechtert habe<sup>13</sup>; die deutsche Ortsgruppe sei nach der Umsiedlung der Beamten kaum lebensfähig, zumal viele deutsche Familien in Orte mit einem größeren deutschen Bevölkerungsanteil umziehen würden. Der wichtigste Teil der Volkstumsbrücke zwischen Prag und dem Sudetengebiet falle somit aus<sup>14</sup>.

Melnik ging in die Zuständigkeit des Jičiner Oberlandrats über; dieser erklärte ein Jahr später, daß in seinem Verwaltungsbezirk zwei Volkstumsbrücken gebaut würden, eine über Melnik, die andere über Jungbunzlau. Dabei vergaß er jedoch nicht, daran zu erinnern, daß „die Ansatz- und Ausbaumöglichkeiten in der Volkstumsbrücke über Jungbunzlau nach Prag bedeutend günstiger sind als anderwärts“<sup>15</sup>.

Im vorangegangenen Jahr hatten sich neue Argumente für die Brücke über Jungbunzlau ergeben, und zwar durch a) den beträchtlichen Ausbau des Truppenübungsplatzes Milovice, der mit einer umfangreichen Evakuierung der tschechischen Einwohner verknüpft wurde; b) die Ansiedlung von 300 Deutschen (Bauern) aus Bessarabien im Gebiet von Koschatek und Groß-Vschelis; c) die Umwandlung der Landesirrenanstalt in Kosmanos in eine Heilanstalt für Deutsche, die zu einem erheblichen Zuzug von deutschem Personal führte<sup>16</sup>.

Große Ambitionen in der Volkstumsarbeit entwickelte auch der Oberlandrat in dem rein tschechischen, im Landesinneren gelegenen Verwaltungsgebiet Kolin. Da sich seine Pläne nicht auf Gebiete stützen konnten, die an kompakt von Deutschen besiedelte Regionen angrenzten, entschied er sich für das anspruchsvolle Projekt einer Volkstumsbrücke, die durch ausschließlich tschechische Gebiete führen und – unter der Parole „Prag reicht Iglau die Hand“ – die Landeshauptstadt mit Iglau verbinden sollte. Kolin sollte in dieser Linie die Rolle des zentralen Bindegliedes übernehmen.

<sup>13</sup> Die Auflösung erfolgte durch einen Erlaß des Reichsprotektors mit Wirkung vom 1. Oktober 1940. Šisler, S.: Studie o organizaci a působnosti nacistické okupační správy v českých zemích v letech 1939–1945 [Studie über Organisation und Tätigkeit der nationalsozialistischen Okkupationsverwaltung in den böhmischen Ländern in den Jahren 1939–1945]. SAP 22/1 (1972) 204.

<sup>14</sup> Bericht über die Deutschtumsarbeit im Oberlandratsbezirk, 17. September 1940. SÚA. ÚŘP, Karton 289, I 1b–2016.

<sup>15</sup> Zweites Memorandum über die bisherige Volkstumsarbeit im Oberlandratsbezirk Jitschin in der Zeit vom 1. 9. 1940 bis zum 30. 9. 1941, 1. Oktober 1941. SÚA. ÚŘP, Karton 287, I 1b–2000-3.

<sup>16</sup> E b e n d a.

Der Plan des Oberlandrats sah vor, daß „von Prag aus in Richtung Jewan sich eine zielbewußte Brückenkopfbildung am besten längs des landschaftlich herrlich gelegenen Sasautales über eine Reihe von im Werden begriffenen Parteischulungsburgen und HJ- und BdM-Lagern an den Bereich der Iglauer Sprachinsel heranführen läßt“<sup>17</sup>. Dieser Streckenverlauf deckte sich mit der Richtung der bereits vorhandenen Verkehrsverbindungen und der Trassenführung der geplanten Autobahn Prag-Iglau-Brünn. K. H. Frank stimmte dem Plan persönlich zu, als er Kolin während einer Dienstreise besuchte. Unter dem Vorwand, daß der Bau der Volkstumsbrücke einheitlich geleitet werden müsse, schlug der Kolinier Oberlandrat vor, einen Teil der Bezirke der aufgelösten Oberlandratsbehörde Deutschbrod ohne weitere Aufteilung zwischen den benachbarten Oberlandratsbehörden seinem eigenen Verwaltungsgebiet anzugliedern.

In Böhmen bildeten neben Prag Budweis und seine Umgebung die wichtigsten Bastionen des Deutschtums. Welche außerordentliche Bedeutung die Nationalsozialisten der Aufrechterhaltung und Stärkung solcher Positionen beimäßen, belegen die Vorgänge um die geplante Gründung einer Fabrik für Flugzeugmotoren in Budweis. Der Reichsprotektor engagierte sich persönlich in dieser Angelegenheit und brachte in einem Brief an Hitler vom 10. Mai 1941 gegen die vorgesehene Errichtung der kriegswirtschaftlich außerordentlich wichtigen Flugzeugmotorenwerke in Budweis das Argument vor, daß die Stadt dann 12000 tschechische Arbeiter (mit Familienangehörigen 50000 Tschechen) aufnehmen müsse. „Damit ist die Stadt für lange Zeit für das Deutschtum verloren, denn die von gewissen Seiten gehegte Hoffnung, daß man bei verschärften Germanisierungsmaßnahmen diese geschlossen siedelnden Tschechen in kurzer Zeit umvolken kann, halte ich für einen verhängnisvollen Irrtum.“<sup>18</sup> Neurath schlug daher vor, die Flugzeugmotorenwerke an einem Ort anzusiedeln, der für die Volkstumsarbeit geringere grundsätzliche Bedeutung besaß, und empfahl – als eine unter diesem Gesichtspunkt geeignete Alternative – Prag und Umgebung oder das Gebiet um Königsgrätz. Auf der Grundlage dieses Briefes legte es Hitler Göring in der Tat nahe, die Möglichkeit eines anderen Standorts für die Flugzeugmotorenwerke in Betracht zu ziehen, da „die von dem Reichsprotektor in Böhmen und Mähren geführte Volkstumspolitik, soweit es irgendwie möglich ist, auch bei industriellen Planungen unterstützt werden soll.“<sup>19</sup>

Die Situation des Deutschtums in Böhmen und in Mähren wies trotz ähnlicher Bestrebungen und Zielvorstellungen der Oberlandräte beträchtliche Unterschiede auf. Diese Tatsache tritt sehr deutlich in dem zusammenfassenden Bericht der Behörde des Reichsprotektors über die Arbeit der Oberlandräte zugunsten des deut-

---

<sup>17</sup> Bericht über die Deutschtumsarbeit im Oberlandratsbezirk Kolin, 14. August 1940. SÚA. ÚŘP, Karton 289, I 1b–2016.

<sup>18</sup> Kárný, M./Milotová, J.: Anatomie okupační politiky hitlerovského Německa v „Protektorátu Čechy a Morava“. Dokumenty z období říšského protektora Konstantina von Neuratha [Anatomie der Politik Hitler-Deutschlands im „Protektorat Böhmen und Mähren“. Dokumente aus der Amtszeit des Reichsprotektors Konstantin von Neurath]. Sborník k problematice dějin imperialismu 21 (1987) 199f.

<sup>19</sup> E b e n d a.

schen Volkstums zutage. Ein Teil des Berichts ist gerade der Frage gewidmet, wie die deutschen Interessengebiete festgelegt werden sollten. Für Mähren decken sich die in dem Bericht unterbreiteten Vorschläge mit denen Naudés, doch „in Böhmen, das volkstumpolitisch weit weniger Möglichkeiten bietet, ist eine Feststellung der deutschen Interessengebiete vorläufig nicht erfolgt. Hier werden außer den Deutschumsinseln um Budweis und Deutsch Brod die Brückenbildung von Prag zur Grenze im Norden und von Prag nach Iglau zu fördern sein.“<sup>20</sup> Aus diesem Grunde sind die von den mährischen Oberlandräten ausgearbeiteten Berichte über Maßnahmen zugunsten des deutschen Volkstums für die Zwecke der folgenden Analyse interessanter und verallgemeinerungsfähiger.

Mit dem Fortgang des Krieges zeigt sich freilich, daß sich die lediglich auf die Schaffung geschlossener deutscher Siedlungsgebiete zielende Konzeption nicht aufrechterhalten ließ. Dies wurde vor allem am sogenannten Koschatek-Plan deutlich. Es handelte sich dabei um den Versuch, an einem praktischen Beispiel festzustellen, „welche Voraussetzungen für eine deutsche Besiedlung Böhmens und Mährens gegeben sind, auf welche Gegebenheiten zu achten ist, welche Mittel anzuwenden sind, welche Auswirkungen eine Besiedlung hat, sowohl in volkspolitischer Hinsicht, wie sich die Deutschen in einem tschechischen Siedlungsgebiet einleben und welche Möglichkeiten für eine systematische Planung aus diesem Versuch abzuleiten sind.“<sup>21</sup>

Ursprünglich war im Zusammenhang mit diesem Projekt vorausgesetzt worden, daß zwischen Prag und Jungbunzlau etwa fünf geschlossene deutsche Gebiete entstehen würden, die von Deutschen aus Bessarabien besiedelt werden sollten. „Die Schwierigkeiten, die sich aus dem Bauverbot und anderen kriegsbedingten Einschränkungen ergaben, brachten diesen Plan jedoch zum Scheitern, und es war notwendig – wenn der Gedanke der Ansiedlung deutscher Umsiedler nicht aufgegeben werden sollte –, ein neues System zu entwickeln.“<sup>22</sup>

Die grundlegende Veränderung des neuen Systems bestand darin, daß die Zielvorstellung geschlossener Siedlungsgebiete durch die Strategie der Streusiedlung ersetzt wurde. Diesem Plan zufolge sollte in jedem tschechischen Dorf eine deutsche Familie angesiedelt werden, die hier den Kern eines späteren Ausbaus des Deutschturns bilden würde. Eine bestimmte Anzahl von Kindern der deutschen Bauern ermöglichte nämlich die Errichtung einer deutschen Schule und eines deutschen Kindergartens, die den Grundpfeiler einer aktiven Nationalitätenpolitik darstellten: in das Dorf würden dann ein deutscher Lehrer mit seiner Familie und eine deutsche Kindergärtnerin kommen.

Ein solches Dorf würde das Recht besitzen, eine deutsche Gemeindevertretung einzusetzen, so daß die Verwaltung der Gemeinde in deutsche Hände übergehen konnte und auch andere Bereiche des öffentlichen Lebens (Post, Eisenbahn, Polizei, Gesundheitswesen) mit Deutschen besetzt werden konnten. In der Folgezeit wür-

<sup>20</sup> Vgl. dazu den in Anm. 7 zit. Bericht.

<sup>21</sup> Kárný / Milotová: Anatomie okupační politiky 171.

<sup>22</sup> Ebenda 172.

den automatisch deutsche Handwerker zuwandern, so daß eine deutsche Position aufgebaut werden würde, die mit den Tschechen konkurrieren, eine gewisse Anziehungskraft auf sie ausüben und sie „eindeutschen“ konnte. Allerdings sollte dabei auch auf rassenbiologische Gesichtspunkte gebührende Rücksicht genommen werden.

Mit Bedauern mußte man freilich feststellen, daß die Durchführung dieses Plans in größerem Maßstab aus Personalmangel nicht möglich war. Für die Nachkriegszeit wurde der Plan jedoch als ein Vorhaben angesehen, das verheißungsvolle Perspektiven eröffnete. Zieht man in Betracht, welche Probleme die Nationalsozialisten mit der Stabilisierung und der Stützung des vorhandenen, in der Regel verstreut lebenden Deutschtums hatten, so darf der erwähnte Plan zumindest als sehr optimistisch bezeichnet werden.

Die Oberlandräte berührten in ihren Berichten häufig auch theoretische Fragen der Germanisierung und trugen dadurch anfangs dazu bei, Druck auf die leitenden Stellen im Protektorat auszuüben und sie zu veranlassen, einheitliche Richtlinien für das Vorgehen in der Frage der „Eindeutschung“ festzulegen und damit die Zersplitterung der einschlägigen Maßnahmen und die Kompetenzstreitigkeiten einzuschränken<sup>23</sup>. Was den Effekt der Germanisierungsbestrebungen betraf, so verurteilten viele Oberlandräte den fanatischen Eifer, mit dem rasche Erfolge um jeden Preis erzielt werden sollten: „Auf der Arbeit aus den Möglichkeiten des Protektorates selbst heraus ruht z. Zt. das Hauptgewicht des Volkstumskampfes. Hierbei muß man sich von Anfang an von der Illusion frei machen, die dahin geht, daß etwa der Oberlandrat oder andere staatliche Behörden durch Verwaltungs-Maßnahmen auf die Dauer die Volksdeutschen voranbringen könnten oder überhaupt durch irgendwelche großen demonstrativen Unternehmungen an der Beständigkeit und Einsatzbereitschaft des Volkstums etwas Dauerndes ändern könnten.“<sup>24</sup>

Ein ebenso gefährlicher Irrtum war nach Meinung der Oberlandräte die Annahme, die Sprachgrenze könne durch großangelegte Aktionen – welcher Art auch immer – verschoben werden. Auf diese Art könne man zwar rasch sichtbare, allerdings oberflächliche Erfolge verbuchen. Dauerhafte Ergebnisse ließen sich in dieser Hinsicht nur durch mühselige, alltägliche Kleinarbeit erzielen, bei der es um jeden einzelnen Menschen, jede einzelne Position und jedes einzelne Stück Boden gehe<sup>25</sup>. Auch für die Politik zur Unterstützung des Deutschtums gelte, daß es notwendig sei, „sich einen realpolitischen Blick für das Menschenmögliche und das nach vernünftigen Ermessen einmal erreichbare Ziel zu bewahren, ohne dabei auf einen gesunden, allerdings sachlich fundierten Optimismus zu verzichten. Sind die tatsächlich durchführbaren Pläne

---

<sup>23</sup> Noch im August 1940 schrieb Hofmann: „Die bisherige Deutschtumsarbeit der deutschen Behörden im Protektorat ist bei aller Anerkennung der erreichten Einzelerfolge gemessen am Gesamtziel mangels einer einheitlichen Planung über Anfangsleistungen nicht hinausgekommen.“ SOAB. Fonds B 25, 1, Karton 1, taj 22, Blatt 231.

<sup>24</sup> Bericht des Olmützer Oberlandrats Molsen vom 9. Dezember 1939 („Aktive Volkstumsarbeit“). SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 6, Blatt 86.

<sup>25</sup> E b e n d a.

im vollen Umfange verwirklicht worden, dann kann von den damit gewonnenen Positionen auch der weitere Angriff vorgetragen werden.<sup>26</sup>

Der Nationalitätenkampf oblag also in erster Linie den Deutschen aus dem Protektorat, die durch die Tätigkeit der NSDAP aktiviert werden sollten. Die Aufgabe der Oberlandräte als allgemeine Verwaltungsorgane bestand dagegen darin, alle Zentren und wichtigen Positionen des Deutschtums zu erfassen und die Maßnahmen zur planmäßigen Unterstützung und Koordinierung der Aktivitäten der Deutschen in einer Hand zusammenzufassen<sup>27</sup>. „Zwar sind auch heute im Protektorat in erster Linie die deutschen Volksgenossen selbst die Träger der Volkstumsarbeit, aber hinter ihnen stehen leitend und helfend Staat und Partei, die den Erfolg solcher Arbeit verbürgen. Die Partei hat dabei vor allem erzieherische Aufgaben, während der Staat auf den vielfachen Einzelgebieten der Verwaltung mit seinen Mitteln arbeitet, vor allem also allgemeine Erlasse, Einzelanweisungen und Anregungen gibt und finanzierend eingreift.“<sup>28</sup>

Für außerordentlich wichtig hielt der Olmützer Oberlandrat Molsen die Beziehungen zum Sudetengau, der nach seiner Auffassung für das Gebiet um Olmütz gewissermaßen einen „nationalen Born“ darstellte. Daß die Verbindung zum Sudetengau unterbrochen worden war, erschien Molsen unnatürlich und ahistorisch. Olmütz stellte für ihn seit jeher das deutsche Kulturzentrum Nordmährens mit ausgedehntem deutschen Schulwesen, Gewerbe und Handel dar. Deshalb setzte sich Molsen nachdrücklich für die Aufhebung der künstlichen Grenze zwischen Sudetengau und Protektorat ein; hiervon würden beide Seiten profitieren<sup>29</sup>.

Die Sudetendeutschen spielten auch in den politischen Plänen der Oberlandräte in den grenznahen Verwaltungsgebieten in Böhmen eine Rolle. Der Oberlandrat in Klattau hielt es beispielsweise für kurzfristig machbar, die Sprachgrenze weiter ins Landesinnere zu verschieben und damit die Protektoratsgrenze zu überwinden, die im wesentlichen mit der Sprachgrenze zusammenfiel<sup>30</sup>. In Pilsen wurden sichtbare Erfolge in der Volkstumsarbeit vor allem dort erreicht, wo sudetendeutscher Einfluß im Spiel war (aus dem sudetendeutschen Grenzgebiet kamen täglich 1500–2000 Personen zur Arbeit nach Pilsen). Ein deutsches Mittelschulwesen konnte in Pilsen nur auf der Grundlage einer steigenden Zahl von Schülern aus dem Sudetengebiet aufgebaut werden<sup>31</sup>.

Als dritte Säule im Volkstumskampf wurde das Reich selbst betrachtet, das sich mit seinem ganzen Gewicht hinter den Kampf der Deutschen des Protektorats stellen sollte. Um die Beziehungen zum Reich zu festigen, schlug Molsen vor, daß reichsdeutsche Städte Patronate über die größeren Städte im Protektorat übernehmen

<sup>26</sup> Deutschtumsarbeit im Oberlandratsbezirk Iglau, 14. September 1940. SÚA. ÚŘP, Karton 288, I 1b–2011–5.

<sup>27</sup> SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 6, Blatt 87.

<sup>28</sup> Vgl. dazu den in Anm. 7 zit. Bericht.

<sup>29</sup> SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 6, Blatt 87.

<sup>30</sup> Bericht über die Deutschtumsarbeit im Oberlandratsbezirk Klattau, 26. September 1940. SÚA. ÚŘP, Karton 289, I 1b–2016.

<sup>31</sup> Deutschtumsarbeit im Oberlandratsbezirk, 24. September 1940. SÚA. ÚŘP, Karton 289, I 1b–2016.

sollten<sup>32</sup>. Die Unterstützung aus dem Reich konnte freilich während des Krieges überwiegend nur moralischer Natur sein und nicht darin bestehen, daß das Reich sein im Protektorat sehnlichst erwartetes Menschenpotential zur Verfügung stellte.

Besondere Aufmerksamkeit wurde natürlich auch der Möglichkeit gewidmet, eine größere Anzahl von Deutschen im Protektorat anzusiedeln. Der Iglauer Oberlandrat vermutete allerdings im September 1940, daß „über die Dauer des Krieges nicht nur die finanziellen Mittel beschränkt sind, sondern vor allem auch die Frage der Menschenbeschaffung, d. h. die zwingende Notwendigkeit der Zuführung neuen deutschen Blutes“<sup>33</sup>. Demgegenüber hatte der Olmützer Oberlandrat schon ein Jahr zuvor Überlegungen angestellt, welche Beschäftigungsmöglichkeiten für Zuwanderer bestanden; die Frage der Wohnungsbeschaffung erschien ihm dabei zweitrangig.

Unter nationalpolitischem Aspekt hielt der Olmützer Oberlandrat das Bauerntum für besonders wichtig; allein dieses sei in der Lage, dem Land seinen nationalen Charakter einzuprägen. Deshalb plädierte er dafür, größere bäuerliche Anwesen von etwa 15 ha zu schaffen, die eine gewisse Krisenfestigkeit versprachen. Große Entwicklungsmöglichkeiten räumte er auch dem Handwerk ein, da der deutsche Bedarf in diesem Bereich bis dahin zum überwiegenden Teil durch tschechische Handwerker gedeckt wurde<sup>34</sup>.

Einen wichtigen Bestandteil der Pläne zur Stützung des deutschen Volkstums im Protektorat bildeten die Bemühungen, die Zahl der Protektoratsdeutschen zu erhöhen und ihren prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung an einzelnen Orten auf dem gegebenen Stand zu stabilisieren, wenn nicht zu vergrößern. Die Nationalsozialisten hegten die Erwartung, daß „nach der siegreichen Beendigung des Krieges viele heute noch Schwankende zum deutschen Volkstum zurückfinden werden. Heute hält die Personen, die sich bisher noch nicht als deutsche Volkszugehörige bekannt haben, vielfach noch die Furcht vor dem tschechischen Boykott von einem offenen Bekenntnis zurück. Das gilt besonders im Gebiet des eigentlichen Streudeutschtums.“<sup>35</sup>

Parallel zu den Versuchen, den tatsächlichen Entwicklungsstand des Deutschtums im Protektorat festzustellen, wurde eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um eine Verringerung der Zahl der Deutschen durch ihre Abwanderung in andere Gebiete des Reiches zu verhindern. In einem Bericht der Behörde des Reichsprotectors heißt es dazu: „Es besteht zwar kein generelles Wegzugsverbot, doch konnte durch Maßnahmen des Arbeitseinsatzes und Verweigerung der Durchlaßscheine praktisch jede Abwanderung von deutschen Volkszugehörigen aus dem Protektorat verhindert werden. Ausnahmen sind im Einzelfall nur bei Personen höheren Alters oder einzelstehenden Frauen zulässig.“<sup>36</sup> Zugleich wurden sämtliche Übertragungen von un-

<sup>32</sup> SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 6, Blatt 87.

<sup>33</sup> SÚA. ÚRP, Karton 288, I 1b-2011-5.

<sup>34</sup> SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 6, Blatt 93-98.

<sup>35</sup> Bericht über die von der Behörde des Reichsprotectors geleistete Volkstumsarbeit. SÚA. ÚRP, Karton 287, I 1b-2000.

<sup>36</sup> E b e n d a.

beweglichem Besitz unter die Aufsicht der Oberlandräte gestellt, wodurch es in vielen Fällen gelang, den Verkauf deutschen unbeweglichen Eigentums an Tschechen zu verhindern wie andererseits den Übergang tschechischen Besitzes in deutsche Hände zu ermöglichen.

Der Brüner Oberlandrat vertrat die Auffassung: „Wenn im Lande Mähren eine systematische Deutschtumspolitik betrieben werden soll, so werden sich Eingriffe in gewisse Persönlichkeitsrechte auf Seiten beider Nationen nicht vermeiden lassen.“<sup>37</sup> Was die Deutschen betraf, so gehörten zu diesen Einschränkungen beispielsweise die zwangsweise Dienstzuweisung, die Regelungen des Arbeitseinsatzes und das schon erwähnte Abwanderungsverbot<sup>38</sup>.

Im Hinblick auf die Tschechen handelte es sich vor allem um das Verbot, ihren Wohnsitz in deutsche Interessengebiete zu verlegen, um nicht auf diese Weise zur Stärkung des tschechischen Bevölkerungsteils beizutragen. Hofmann machte darauf aufmerksam, daß dieses Problem im Zusammenhang mit der durch den Ausbau des Truppenübungsplatzes bedingten Aussiedlung der tschechischen Bevölkerung aus dem Gebiet um Wischau aktuell werden würde. „Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß diese Familien sich in den deutschen Interessengebieten ansässig machen und so dort eine Stärkung des tschechischen und damit eine Schwächung des deutschen Elements verursachen. Ich bitte nochmals dringend, rechtzeitig gesetzliche Möglichkeiten zu schaffen, die die deutschen Interessengebiete vor unerwünschtem tschechischen Bevölkerungszuwachs schützen.“<sup>39</sup> In der Praxis lösten die Nationalsozialisten das Problem in der Weise, daß sie Verzeichnisse derjenigen Gemeinden veröffentlichten, in die Tschechen nicht zuziehen durften<sup>40</sup>.

Eine nicht unerhebliche Verstärkung für die deutsche Nationalität stellten die Beamtenschaft wie auch die Wehrmacht dar. An einigen Orten fiel beiden Gruppen sogar das entscheidende Gewicht zu, und ihr Abzug hätte den lokalen deutschen Einfluß beträchtlich geschwächt<sup>41</sup>. Am 27. März 1940 schärfte die Sektion Mähren der Behörde des Reichsprotektors den Oberlandräten ein, bei der Volkstumsarbeit auch auf die Dislozierung der Garnisonen der Wehrmacht zu achten, da dies nicht nur unter militärischen, sondern auch unter volkstumpolitischen Gesichtspunkten wichtig sei<sup>42</sup>.

<sup>37</sup> Volkstumspolitik im Lande Mähren, August 1940. SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 22, Blatt 238.

<sup>38</sup> Hofmann vergaß nicht zu betonen, daß er gemeinsam mit dem Kreisleiter der NSDAP einige deutsche Familien persönlich davon überzeugt habe, den Gedanken an Abwanderung aufzugeben. E b e n d a Blatt 238.

<sup>39</sup> E b e n d a Blatt 240.

<sup>40</sup> Als Beispiel: Überblick über die für tschechische Zuwanderer geschlossenen Gemeinden Böhmens und Mährens. SOAB. Fonds B 252, Karton 63, Abt. I/S, 1165.

<sup>41</sup> Der Pilsener Oberlandrat erwähnt, daß 1 200 Reichsdeutsche (ihre Zahl sollte sich mit dem Zuzug ihrer Familien noch erhöhen) in seinen Verwaltungsbezirk zugezogen seien, doch handle es sich ausschließlich um Angehörige der Polizei, des Sicherheitsdienstes (SD), der Gestapo, um Beamte und Mitarbeiter der Militärverwaltung, so daß die deutschen Positionen im wirtschaftlichen Bereich hierdurch nicht verbessert worden seien. Deutschtumsarbeit im Oberlandratsbezirk, 24. September 1940. SÚA. ÚŘP, Karton 289, I 1b–2016.

<sup>42</sup> SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 1015, Blatt 318a, b. Bereits am 20. April 1940 hatte der Oberlandrat in Zlin die Gruppe Mähren der Behörde des Reichsprotektors ersucht, im Rahmen

Der Brüner Oberlandrat Hofmann hielt es für erforderlich, notfalls auch mit Gewalt diejenigen deutschen Familien wieder in das Protektorat zurückzuholen, die aus dem böhmisch-mährischen Raum stammten und in der Zeit der Ersten Tschechoslowakischen Republik abgewandert waren. Dabei dachte er nicht nur an deutsche Beamte, Angestellte und Arbeiter, sondern auch an Angehörige anderer Berufe, da Beschäftigungsmöglichkeiten für potentielle Rückwanderer im Überfluß vorhanden waren<sup>43</sup>. Die Behörden stellten in der Tat Verzeichnisse derjenigen Deutschen zusammen, die seit dem Beginn der dreißiger Jahre aus den böhmischen Ländern fortgezogen waren, und in der Reichspresse wurden Aufrufe zur Rückkehr ins Protektorat veröffentlicht; diejenigen, die diesen Aufrufen Folge leisteten, wurden als vorbildliche Deutsche gefeiert<sup>44</sup>.

Eine Reihe von überwiegend materiellen Vorteilen, die mit der Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft verknüpft waren, führte dazu, daß sich in den ersten Jahren der Okkupation ein höchst heterogener Personenkreis zur deutschen Nationalität bekannte. Bei der Gewährung der deutschen Staatsbürgerschaft wurde nach der geheimen Richtlinie des Reichsministeriums des Inneren vom 29. März 1939 verfahren, die folgendes festsetzte: „Deutscher Volkszugehöriger ist, wer sich selbst als Angehöriger des deutschen Volkes bekennt, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Tatsachen, wie Sprache, Erziehung, Kultur usw., bestätigt wird. Personen artfremden Bluts, insbesondere Juden, sind niemals deutsche Volkszugehörige, auch wenn sie sich bisher als solche bezeichnet haben . . . Da dem Bekenntnis, Angehöriger des deutschen Volkes zu sein, eine wesentliche Bedeutung zukommt, kann vielmehr auch als deutscher Volkszugehöriger betrachtet werden, wer teilweise oder ganz anderen Stammes, z. B. tschechischen, slowakischen, ukrainischen, ungarischen oder polnischen Stammes, ist.“<sup>45</sup>

Damit bot sich genügend Spielraum für die Anwendung einer Theorie, von der es in einer nationalsozialistischen Denkschrift u. a. heißt: Das „deutsche Blut- und Kulturgut ist, im Laufe der Jahrhunderte, nicht zuletzt auch im Laufe des letzten Jahrhunderts, durch eine bald mehr, bald weniger rigorose Tschechisierungsbewegung sich selbst entfremdet worden. Der Rest ist nicht ausgetilgt, sondern nur auch einen slawischen Mantel verdeckt.“<sup>46</sup> Dies ermöglichte die Assimilierung von Personen nachweisbarer oder vermuteter deutscher Herkunft. Die Vorteile der Annahme machten sich rasch die Zigeuner bewußt, die in großer Zahl die deutsche Staatsbürgerschaft beantragten und anfangs auch erhielten und sogar in die NSDAP aufgenommen

---

der Deutschtumsarbeit eine Garnison in Zlín zu errichten; sie sollte auch als Gegengewicht zu den Protektoratstruppen dienen, die im weit gelegenen Bzenec stationiert waren. E b e n d a Blatt 223. Zu dieser Frage nahm auch der Pardubitzer Oberlandrat Stellung: „Das bis vor kurzem in Pardubitz stationierte Pi.Ers.Bat. 5 hat uns geradezu unschätzbare Dienste bei der Pflege des Deutschtums in echt nationalsozialistischem Geist geleistet.“ SÚA, ÚRP, Karton 289, I 1b–2016.

<sup>43</sup> Volkstumspolitik im Lande Mähren. SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 22, Blatt 239.

<sup>44</sup> Verzeichnisse und andere Materialien zur Rückführung von Deutschen ins Protektorat. SÚA. ÚRP, I. Ergänzungen, Karton 37.

<sup>45</sup> B r a n d e s : Die Tschechen unter deutschem Protektorat 160.

<sup>46</sup> Volkstumspolitik im Lande Mähren. SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 22, Blatt 245.

wurden. Natürlich rief dies Ärger und Befremden bei den „echten“ Deutschen hervor.

Zu denen, die die deutsche Staatsbürgerschaft erwarben, gehörten auch verschiedene arbeitsscheue und kriminelle Elemente. Der Oberlandrat in Klattau stellte fest: „Die Tschechen, die sich bisher zum deutschen Volkstum gemeldet haben oder zur Zeit melden, gehören mit ganz vereinzelt Ausnahmen rassistisch minderwertigen Bevölkerungsschichten an.“<sup>47</sup> In einigen Gebieten war es eine typische Erscheinung, daß die neuen deutschen Staatsbürger die deutsche Sprache nicht beherrschten: „In den verschiedensten Teilen des Protektorats erregt die Tatsache Aufsehen, daß erwachsene Angehörige der militärischen Formationen und Träger von Auszeichnungen in der Partei auch in Uniform Tschechisch sprechen.“<sup>48</sup>

Weit hinter den offiziellen Wunschvorstellungen zurück blieben auch die Einheit und gute Zusammenarbeit der Deutschen selbst, die von den verschiedensten Seiten häufig proklamiert wurde. Im Oktober 1941 beklagte sich beispielsweise der Jičiner Oberlandrat Möller darüber, daß Konflikte und feindseliges Verhalten innerhalb der deutschen Bevölkerungsgruppen zunehmen würden: „Die Deutschen, die in der tschechoslowakischen Zeit sich offen zum Deutschtum bekannt und sich seit der Errichtung des Protektorats auch sofort gemeldet und zur Verfügung gestellt haben, fühlen sich vielfach vor den Kopf gestoßen und lehnen die neu hinzugekommenen Konjunkturdeutschen ab. Leider können solche Konjunkturdeutschen behördlicherseits nicht immer abgelehnt werden, weil es darum gehen muß, wenigstens die Kinder dieser Personen wieder für das Deutschtum zurückzugewinnen. Es läßt sich also voraussehen, daß noch auf Jahre hinaus der Ballast dieser nicht vollwertigen Deutschen von den Partei- und Staatsdienststellen mit durchgezogen werden muß. Es wird hier nur darauf ankommen, sie in ihrem politischen und öffentlichen Einfluß kurz zu halten. Wenig erfreulich ist auch der in letzter Zeit deutlicher in Erscheinung getretene Gegensatz zwischen den alteingesessenen Deutschen und den Altreichsdeutschen. Viele altansässige Deutsche sehen in den Altreichsdeutschen jetzt unwillkommene Eindringlinge, die ihnen angeblich die Posten wegnehmen und die sie wegen ihrer höheren Gehälter und Löhne beneiden. Auf der anderen Seite muß ehrlicher Weise zugegeben werden, daß einige Altreichsdeutsche hier im Protektorat nicht immer die Haltung gezeigt haben, die von ihnen erwartet werden mußte. Soweit derartige Fälle bekannt geworden sind, habe ich entsprechende Maßnahmen getroffen, um solchen Deutschen, die zu einer unnötigen Verschärfung politischer Gegensätze beitragen, aus meinem Bezirk zu entfernen. Gerade im Gebiet des Streudeutschtums ist auf allen Lebensgebieten eine Auffrischung des Deutschtums sehr notwendig.“<sup>49</sup>

Die Okkupationsbehörden waren sich darüber im klaren, daß die grundlegende Voraussetzung für den Aufbau einer stabilen Position der deutschen Nationalität die wirtschaftliche Stärkung der Deutschen sei. Als gewichtiges Mittel zur Verwirklichung dieses Ziels erschien den Nationalsozialisten insbesondere die Arisierung der jüdi-

<sup>47</sup> Bericht über die Deutschtumsarbeit im Oberlandratsbezirk Klattau, 26. September 1940. SÚA. ÚŘP, Karton 289, I 1b-2016.

<sup>48</sup> Král: Otázky 46-48.

<sup>49</sup> Vgl. dazu das in Anm. 15 zit. Memorandum.

schen Unternehmen, die Industrie, Handel und Handwerk betraf. Die Einsetzung deutscher Verwalter in diese Unternehmen erhöhte nicht nur den Anteil der Deutschen in den betreffenden Branchen, sondern befreite sie auch von der jüdischen Konkurrenz und eröffnete neue Absatzmöglichkeiten<sup>50</sup>.

Der Olmützer Oberlandrat schrieb im März 1940, er halte sich an den Grundsatz, zur Arisierung vor allem Protektoratsdeutsche heranzuziehen, die neben der Fähigkeit, die Leitung des Unternehmens zumindest auf dem gegebenen Niveau zu stabilisieren, auch über die „gesunde Kraft“ zum Volkstumskampf verfügten<sup>51</sup>. Als Instrument zur praktischen Durchsetzung der Volkstumspolitik der Deutschen im wirtschaftlichen Bereich entstand die Zentrale für öffentliche Aufträge; ihre Aufgabe bestand darin, auf die Verteilung der Rüstungsaufträge und anderer Lieferungen zumal für die Armee in der Weise Einfluß zu nehmen, daß die Beteiligung der deutschen Betriebe im Protektorat soweit wie möglich gewährleistet wurde<sup>52</sup>.

Der Reichsprotector konnte die Wirtschaftspolitik im Protektorat zudem mit Hilfe von Gesetzen und Zwangskartellen zugunsten der Deutschen beeinflussen. Zwar wurde die praktische Durchführung dieser Maßnahmen den autonomen Behörden anvertraut, doch die Zustimmung zur Gründung oder zum Ausbau von Unternehmen blieb der Behörde des Reichsprotectors vorbehalten<sup>53</sup>.

Für den Gewerbesektor stellten die im Rahmen der Aktion Reichswirtschaftshilfe gewährten Finanzmittel eine bedeutende Förderungsmaßnahme dar<sup>54</sup>. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, daß das Deutschtum auf Grund der wirtschaftlichen Unterdrückung durch die Tschechen nicht nur Kapitalkraft eingebüßt, sondern auch die Bereitschaft zu unternehmerischem Risiko verloren habe<sup>55</sup>. Deshalb sollte ein Netz von Vertrauensleuten aufgebaut werden, die dafür sorgen mußten, daß deutschen Firmen

<sup>50</sup> SÚA. ÚŘP, Karton 287, I 1b–2000 (Erfolgsbericht).

<sup>51</sup> SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 13, Blatt 154. Ein zusammenfassender Bericht der Behörde des Reichsprotectors stellt fest: „Die Entjudung wurde als hervorragendes Mittel zur Erhaltung und Stärkung des deutschen Volkstums im Protektorat betrieben. Der politischen Bedeutung der Entjudung wurde deshalb auch stets der Vorrang vor den wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegeben . . . Es ist deshalb beim Erwerb von Grundstücken und Einzelhandelsunternehmungen darauf geachtet worden, daß diese in die Hand von Deutschen gekommen sind, die hier ihren Wohnsitz haben oder nehmen werden. Bei Produktionsbetrieben wurde stets verlangt, daß die Übernehmenden im Protektorat sesshaft wurden und sich verpflichteten, in ihren Betrieben nach Möglichkeit deutsche Volksgenossen einzustellen. Die bisherigen großen jüdischen Unternehmungen dürften heute vollständig in deutsche Hand überführt sein.“ SÚA. ÚŘP, Karton 287, I 1b–2000.

<sup>52</sup> E b e n d a. In der Tat gelang es, daß 30 Prozent der Aufträge an deutsche Firmen in Böhmen und 50 Prozent an deutsche Firmen in Mähren vergeben wurden.

<sup>53</sup> E b e n d a.

<sup>54</sup> So übernahm das Reich beispielsweise im Haushaltsjahr 1940 eine Kreditgarantie für 10 Millionen Reichsmark. Die Banken vermittelten den deutschen Unternehmen Kredit zu sechs Prozent Zinsen, und das Reich haftete bis zu einer Höhe von 95 Prozent. Dank weiterer Erleichterungen konnte der Zinssatz auf vier und teilweise auf zwei Prozent gesenkt werden. Während des Krieges wurde die unternehmerische Tätigkeit jedoch gedämpft, so daß die Wirtschaftshilfe des Reiches vor allem bei der Arisierung, Modernisierung und der Tilgung der Schulden zu Buche schlug. E b e n d a.

<sup>55</sup> SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 13, Blatt 154f.

bevorzugt knappe Rohstoffe zugeteilt, Aus- und Einfuhrgenehmigungen erteilt und öffentliche Aufträge vermittelt wurden.

Besonderen Nachdruck legten die Oberlandräte ferner darauf, daß solche tschechischen Betriebe in deutschen Besitz übergeführt wurden, die „entweder den Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung dienen sollen oder als Schlüsselgewerbe allgemeine Bedeutung haben und auch relativ boykottsicher sind“<sup>56</sup>. Ähnliche Maßnahmen wurden auch in der Landwirtschaft getroffen, wo darüber hinaus die Tätigkeit der deutschen Genossenschaften allseitige Unterstützung erfuhr. In der Forstwirtschaft wurden die Stellen der Beamten in der Forstverwaltung vorzugsweise mit Deutschen besetzt und der deutsche Anteil an den Jagdgenehmigungen planmäßig erhöht<sup>57</sup>.

Schon sehr bald nach der Okkupation der gesamten böhmischen Länder gelang es, der deutschen Bevölkerung bevorzugt praktisch Vollbeschäftigung zu sichern. Dies erschien manchem jedoch noch nicht ausreichend; so schlug beispielsweise der Olmützer Oberlandrat in Anbetracht der geringen Zahl der Protektoratsdeutschen vor, daß alle berufstätigen Deutschen mindestens um eine Lohn- bzw. Gehaltsklasse höher eingestuft werden sollten. Dabei ging es ihm nicht nur darum, durch höhere Einnahmen die soziale Lage der Deutschen zu verbessern, vielmehr stand dahinter auch die Überlegung, durch die berufliche Höherstufung das Gewicht der Deutschen im Volkstumskampf zu vergrößern<sup>58</sup>.

Die soziale Lage der deutschen Bevölkerung beispielsweise im Gebiet um Iglau muß in der Tat als sehr schlecht bezeichnet werden, doch hatte dies offensichtlich nicht ausschließlich mit den nationalen Verhältnissen zu tun, sondern hing mit der allgemeinen sozialen Situation in diesem Gebiet zusammen<sup>59</sup>. Die soziale Fürsorge der Oberlandräte für die deutsche Bevölkerung wurde als ständige Aufgabe betrachtet, erforderte jedoch die Investition erheblicher, vor allem reichsdeutscher Mittel.

So stieß in der Iglauer Sprachinsel der Wohnungsbau für die Deutschen auf unüberwindbare Hindernisse, da die Interessenten nicht in der Lage waren, zehn Prozent der Baukosten – wie verlangt – aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Eine

<sup>56</sup> Welche Probleme den Nationalsozialisten der Boykott deutscher Gewerbetreibender durch die tschechische Bevölkerung bereiten konnte, zeigt der Fall des Tischlers Kohut aus Leipnik, der von den Tschechen systematisch boykottiert wurde, während ihm andererseits die zahlenmäßig schwache deutsche Gruppe nicht genügend Arbeit zu verschaffen vermochte. Der Oberlandrat mußte zur existenziellen Sicherung des Tischlers folgende Schritte unternehmen: a) gegen den Widerstand der Verwaltung das Gesuch des Tischlers um rückwirkende Steuerabschreibung durchsetzen; b) sein Gesuch um Kredit im Rahmen der Reichswirtschaftshilfe für den Ankauf von Holz zu unterstützen; c) den Verwalter eines jüdischen Holzgroßhandels anweisen, das Holz zu liefern, da die tschechischen Sägewerke dies ablehnten; d) die Verwalter der umliegenden jüdischen Unternehmen anweisen, Aufträge an den Tischler zu vergeben; e) Kohut einen Lehrling oder einen Gehilfen vermitteln, damit er den für den Fortbestand der Firma erforderlichen Umsatz erzielen kann. E b e n d a Blatt 166f.

<sup>57</sup> SÚA. ÚRP, Karton 287, I 1b–2000 (Erfolgsbericht).

<sup>58</sup> SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 13, Blatt 158.

<sup>59</sup> SÚA. ÚRP, Karton 290, I 1b–2020–2, Blatt 6a. Deutschumsprogramm für das Jahr 1941, Iglau 14. Dezember 1940.

ähnliche Situation ergab sich bei der Elektrifizierung und der Installierung von Telefonen, denn einzelne Gemeinden waren nicht imstande, die damit verbundenen Kosten zu tragen. Ende 1940 hatte die Elektrifizierung 13 Gemeinden noch immer nicht erreicht, und Telefone waren nur in fünf Gemeinden der Iglauer Sprachinsel eingeführt worden. Der Iglauer Oberlandrat mußte 1941 praktisch für alle Aktionen im Rahmen des Plans der deutschen Volkstumsarbeit Mittel aus dem Volkstumsfonds anfordern<sup>60</sup>.

Bei ihren Bemühungen zur Lösung des Wohnungsproblems der deutschen Bevölkerung konzentrierten sich die Nationalsozialisten neben der Förderung des Wohnungsbaus auf die Nutzung jüdischer Wohnungen. Häuser in jüdischem Besitz konnten ausschließlich von Deutschen erworben werden. Besonders in Gemeinden mit deutscher Verwaltungsspitze wurden zur Behebung der Wohnungsnot Gemeinde- oder städtische Wohnungen zur Verfügung gestellt; ähnlich wurde mit staatlichen Wohnungen verfahren, die beispielsweise in Olmütz vom Bezirkshauptmann verwaltet wurden<sup>61</sup>. Es ist bemerkenswert, daß nach der Verkündung des Baustopps, der zur Einstellung aller Bauarbeiten führte, die keinen kriegswichtigen Charakter hatten, der Bau von Wohnungen für die deutsche Bevölkerung – wenn auch in eingeschränktem Maße – fortgesetzt wurde<sup>62</sup>.

In einem Bericht der Behörde des Reichsprotektors vom Oktober 1940 finden wir folgende Feststellung: „Nach der Errichtung des Protektorats war die deutsche Bevölkerung bestrebt, möglichst auf allen Gebieten eine besondere deutsche Verwaltung zu erlangen. Es gab deshalb zunächst eine gewisse Enttäuschung, als von meiner Behörde andere Wege gegangen wurden.“<sup>63</sup> Aus diesem Grund versuchten die Nationalsozialisten, die Tätigkeit aller Behörden und Ämter so zu lenken, daß die deutsche Bevölkerung dadurch Vorteile erlangte. Dies geschah im Wege der Einsetzung von Regierungskommissaren oder deutscher Bürgermeister in den Gemeinden sowie deutscher Bezirkshauptleute und durch die Erhöhung der Zahl der Deutschen in den Gemeindevertretungen. Die Mehrheit der Oberlandräte verfolgte das Ziel, das deutsche Element in allen Protektoratsbehörden zu stärken; diese Bestrebungen richteten sich neben der Gemeindeselbstverwaltung vor allem auf die Bereiche der Staats-

<sup>60</sup> Ebenda Blatt 4ff.

<sup>61</sup> SÚA. ÚRP, Karton 287, I 1b–2000. – SOAB. Fonds B 251. Karton 1, taj 13, Blatt 160. Da die Wohnungen zwangsbewirtschaftet wurden, konnten 1941 in Olmütz 1939 deutsche Familien in gut erhaltene Wohnungen eingewiesen werden, in Proßnitz 1051.

<sup>62</sup> So wurde beispielsweise in Iglau mit dem Bau von 36 Wohnungen für leitende Mitarbeiter des Reichsarbeitsamtes und 10 Einfamilienhäusern aus Holz begonnen. Deutschumsarbeit im Jahre 1941, 12. Februar 1942. SÚA. ÚRP, Karton 287, I 1b–2000–3. Im Gebiet um Olmütz begann die Gesellschaft „Moravia“ 1941 mit dem Bau einer Siedlung von 84 Baueinheiten in Groß-Wisternitz. Die Gesellschaft „Marchland“ stellte in Olmütz 9 Wohnhäuser mit 54 Wohnungen und in Littau 3 Wohnhäuser mit 14 Wohnungen fertig. Ein Wohnhaus wurde auch in Prerau erbaut. „Daneben baute die unter deutscher Leitung stehende Stadt Prerau ein Wohnhaus, während die weiteren Baupläne infolge Materialverknappung nicht zur Ausführung kamen.“ Deutschumsbericht der Oberlandräte, 20. Februar 1942. Ebenda.

<sup>63</sup> Bericht über die von der Behörde des Reichsprotektors geleistete Volkstumsarbeit (Stand 1. 10. 1940). SÚA. ÚRP, Karton 287, I 1b–2000.

polizei, der Eisenbahn, der Post und auf die neugeschaffenen Behörden, beispielsweise die für den Arbeitseinsatz oder die Wirtschaftskontrolle<sup>64</sup>.

Die Versuche, die Gemeindeverwaltung in eine Bastion der ortsansässigen Deutschen umzuwandeln, setzten sehr früh ein, und zwar zunächst dort, wo das Deutschtum schon zuvor gewisse Machtpositionen besessen hatte. Am 28. Juni 1939 wandte sich der Reichsprotektor in diesem Zusammenhang mit einem Brief an Präsident Hácha und verlangte, daß in Budweis, Brünn, Iglau, Olmütz und Mährisch Ostrau deutsche Regierungskommissare eingesetzt werden sollten. Auch diese Auswahl von Orten macht deutlich, wo die deutschen Positionen am stärksten waren. Zugleich drängte der Reichsprotektor darauf, die Gemeindevertretungen dieser Städte aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben<sup>65</sup>.

Die Zahl der unter deutscher Vorherrschaft stehenden Gemeinden erhöhte sich seitdem allmählich; nach einem Verzeichnis der Behörde des Reichsprotektors vom 1. Januar 1943 gab es in Böhmen 82 Gemeinden, an deren Spitze ein deutscher Regierungskommissar oder Bürgermeister stand, während sich die Zahl der von den deutschen beherrschten Gemeinden in Mähren auf 198 belief<sup>66</sup>. Ein besonderer Erlaß der Behörde des Reichsprotektors eröffnete darüber hinaus die Möglichkeit, überall dort Deutsche in die Gemeinde- und Bezirksvertretungen einzusetzen, wo deutsche Interessen geltend gemacht wurden, auch wenn im übrigen die durch das Gesetz vorgeschriebenen Voraussetzungen hierfür nicht erfüllt waren. Um den bereits in ihre Ämter eingesetzten deutschen Bezirkshauptleuten größere Entscheidungsbefugnisse einzuräumen, plante man die Auflösung ihrer Bezirksvertretungen, die den gewandelten politischen Verhältnissen bereits nicht mehr entsprachen<sup>67</sup>.

Das Bemühen, den Beamtenapparat zunehmend mit Deutschen zu besetzen, drängte diese an vielen Orten zahlenmäßig schwache Bevölkerungsgruppe einseitig in eine bestimmte Richtung. In Pardubitz konnte der verhältnismäßig stark ausgeprägte deutsche Charakter der Stadt vor allem durch die Behörden und die Errichtung einer Garnison hergestellt werden<sup>68</sup>. In Pilsen klagte der Oberlandrat schließlich darüber, daß viele Pilsener Deutsche aus der Privatwirtschaft in den öffentlichen Dienst übergewechselt seien, was den wirtschaftlichen Positionen der Deutschen keineswegs zum Vorteil gereiche<sup>69</sup>. Auch in einem Bericht der Behörde des Reichsprotektors heißt es über die Germanisierung des Verwaltungsapparats: „Diese Art der Beaufsichtigung der autonomen Verwaltung grenzt allerdings schon hart an die völlige Übernahme in reichseigene Verwaltung.“<sup>70</sup>

<sup>64</sup> SÚA. ÚŘP, Karton 287, I 1b–2000.

<sup>65</sup> Otáhalová, L./Červinková, M. (Hrsg.): Dokumenty z historie československé politiky 1939–1943 [Dokumente aus der Geschichte der tschechoslowakischen Politik 1939–1943]. Bd. 2. Praha 1966, Dok. Nr. 353.

<sup>66</sup> SÚA. ÚŘP, II. Ergänzungen, Karton 36.

<sup>67</sup> Vgl. dazu den in Anm. 63 zit. Bericht.

<sup>68</sup> Grundzüge der Deutschtumsarbeit. August–September 1940. SÚA, ÚŘP, Karton 289, I 1b–2016.

<sup>69</sup> Deutschtumsarbeit im Oberlandratsbezirk, 24. September 1940. E b e n d a.

<sup>70</sup> Vgl. dazu den in Anm. 63 zit. Bericht.

In diesem Zusammenhang ist die Auffassung des Olmützer Oberlandrats Molsen interessant, der von einer Erhöhung des prozentualen Anteils der Protektoratsdeutschen in den Behörden aller Art warnte, da diese Gewichtsverlagerung die Möglichkeiten einschränken würde, die Deutschen auf anderen Gebieten des Volkstumskampfes nutzbringend einzusetzen. Molsen meinte, daß es vorerst lediglich erforderlich sei, die entscheidenden Machtpositionen zu besetzen.

Überdies sei es wenig sinnvoll, in großem Maßstab formale Verantwortung zu übernehmen, wenn andererseits gar nicht die Kräfte zur Verfügung stehen würden, um die damit verknüpften Aufgaben auch tatsächlich durchzuführen. In der Mehrheit der Fälle sei es möglich, Maßnahmen zu treffen, die den deutschen Einfluß sicherstellten, dabei aber die Verantwortung nach außen den tschechischen Behörden überließen. Als Beispiel aus seinem eigenen Verwaltungsbezirk führte Molsen die Städte Leipnik und Mährisch Weißkirchen an, wo trotz der geringen Zahl der Deutschen in den Vertretungsorganen „vorerst keine Entscheidungen in den Körperschaften ergehen, die der volkspolitischen Entwicklung nachteilig wären, vielmehr in allen dort behandelten Volkstumsfragen ein freies Entgegenkommen der Tschechen erzielt wird“<sup>71</sup>.

Als ein nicht weniger wichtiger Aufgabenbereich der Oberlandräte wurde der Bereich der Kultur betrachtet. Hier bestand das Ziel vor allem darin, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Deutschen insbesondere bei der jungen Generation zu stärken; dies bedeutete, daß große Anstrengungen unternommen werden mußten, um nicht nur das deutsche Volksschul-, sondern auch das Mittel- und Fachschulwesen auszubauen. Zugleich sollte ein Netz von Schüler- und Lehrlingsheimen errichtet werden, da die Nationalsozialisten annahmen, daß allein die allseitige Erziehung in den Lehrlingsheimen das fehlende rein deutsche Milieu ersetzen konnte<sup>72</sup>.

Der Ausbau des deutschen Schulwesens ging häufig zu Lasten der tschechischen Schulen. Es war zudem typisch für diese Zeit, daß die Finanzierung der Maßnahmen zugunsten des deutschen Volkstums, worunter auch das Schulwesen fiel, durch beträchtliche Mittel aus dem Haushalt des Protektorats, der Länder, Bezirke und Gemeinden abgesichert wurde<sup>73</sup>.

<sup>71</sup> SOAB. Fonds B 251, Karton 1, taj 13, Blatt 12. Auch in dem zusammenfassenden Bericht Hufnagels vom 5. Oktober 1940 (SÚA. ÚRP, Karton 287, I 1b-2000) wird von der Notwendigkeit gesprochen, die „Verbeamtung“ der deutschen Bevölkerung zu verhindern.

<sup>72</sup> „Die Frage der Schaffung deutscher Schülerheime ist von größter Wichtigkeit, weil die Deutschen zum großen Teil über das Gebiet des Protektorats verstreut wohnen (Streudeutsche) und durch das deutsche Schulwesen nur ausreichend erfaßt werden können, wenn die Kinder in Schülerheimen untergebracht werden. Um eine großzügige Planung zu ermöglichen, wurden im Haushalt des Protektorats für das Rechnungsjahr 1940/41 4 000 000 Kr. bereitgestellt. Errichtet wurden bisher 30 Schülerheime. Weiterhin geplant sind verläufig noch 11 Schülerheime.“ Volkstumsarbeit auf dem Gebiete des Schulwesens seit 15.3. 1939. SÚA. ÚRP, Karton 287, I 1b-2000.

<sup>73</sup> Sowohl Neurath als auch Heydrich zwangen die Gemeinden, Bezirke und Länder, Gelder für „deutsche Zwecke“ zur Verfügung zu stellen, da sie dies in der Zeit der Ersten Republik angeblich kaum getan hatten. Brandes: Die Tschechen unter deutschem Protektorat 321. – In dem Bericht über die Tätigkeit des stellvertretenden deutschen Oberbürgermeisters von Prag, Pfitzner, vom 3. Dezember 1940 wird erwähnt, daß im Jahr 1940 nur die Bedürfnisse von

Besonders in den Sprachinseln wurden die tschechischen Schulen schrittweise aufgelöst, da diese dort angeblich zu dem Zweck gegründet worden waren, die „Tschechisierung“ voranzutreiben; ferner wurden zahlreiche tschechische Mittel- und Fachschulen (sofern sie nicht der Liquidierung zum Opfer fielen) aus den deutschen Interessengebieten in andere Regionen verlegt<sup>74</sup>. Vorbildlich verfuhr in diesem Sinne aus deutscher Sicht der Iglauer Oberlandrat, der der Behörde des Reichsprotectors mitteilte: „Im Zuge des von mir bereits seit der Protektoratserrichtung verfolgten Abbaus des tschechischen Schulwesens innerhalb des deutschen Siedlungsgebietes um Iglau wurden seit Beginn des Schuljahres 1941/42 die tschechischen Schulen in den Gemeinden Wolframs und Höfen auf meinen Antrag hin zur Auflösung gebracht. In den Gemeinden Simmersdorf und Langendorf wurden den tschechischen Schulen die bisher deutschen Schulgebäude, die sich in schlechtem baulichen Zustand befinden, zugewiesen und den deutschen Schulen die modernen und in gutem Bauzustand befindlichen tschechischen Schulgebäude zur Verfügung gestellt.“<sup>75</sup>

Oftmals hatten solche Schulen nur eine minimale Zahl von Schülern, und es machte den Okkupationsbehörden doch erheblich zu schaffen, diese Zahlen zu erhöhen. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht die Bemerkung des Zliner Oberlandrats Bayerle: „Die einklassige deutsche Schule in Holleschau soll im kommenden Schuljahr infolge der ungünstigen Altersgliederung der deutschen Bevölkerung unter Mangel an Nachwuchs zu leiden haben. Die deutsche Bevölkerung ist dringend daran interessiert, daß die Schule erhalten bleibt. Die Existenz einer derartigen Schule wird eben mit Recht als Prestigefrage gewertet. Gewünscht wird der Zuzug von Familien jüngerer Polizei-Offiziere und Wachtmeister, damit die deutsche Schule erhalten bleibt.“<sup>76</sup>

Neben dem Schulwesen entgingen andere kulturelle Bereiche keineswegs der Aufmerksamkeit der Nationalsozialisten. Auf Gemeindeebene sollten diese Bereiche in den sogenannten Deutschen Häusern konzentriert werden, die zugleich als Versammlungsort der NSDAP und ihrer Organisationen dienen sollten. Diese Häuser wurden in großer Zahl errichtet, und ihr Bau wurde durch direkte finanzielle Zuwendungen des Reichsprotectors unterstützt. Zur Stärkung der nationalen Positionen der Deutschen nutzten die Nationalsozialisten auch andere kulturelle Einrichtungen, wie Druckereien, Büchereien, Kinos, Theater, Museen, Musikschulen u. ä.<sup>77</sup>

---

NSV und HJ großzügig berücksichtigt worden seien, während für den Bau tschechischer Schulen und die Einrichtung tschechischer Kindergärten kein Geld ausgegeben worden sei. Král, V. (Hrsg.): Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933–1947. Praha 1964, Dok. Nr. 329.

<sup>74</sup> So sollte etwa die Forstschule in Jamnitz nach Großmeseritsch verlegt werden, wurde aber schließlich in eine deutsche Schule umgewandelt. Aus Iglau selbst wurden das tschechische Lehrerseminar nach Neustadt in Mähren, die Handelsakademie nach Triesch und die Fachschule für weibliche Berufe nach Trebitsch und Unter-Zerekwe verlegt. Deutschtumsarbeit im Oberlandratsbezirk Iglau, 15. September 1940. SÚA. ÚŘP, Karton 288, I 1b–2011.

<sup>75</sup> Deutschtumsarbeit im Jahre 1941, 12. Februar 1942. SÚA. ÚŘP, Karton 287, I 1b–2000–3.

<sup>76</sup> Deutschtumsprogramm für das Jahr 1941, 11. Dezember 1940. SÚA. ÚŘP, Karton 290, I 1b–1090–2.

<sup>77</sup> „Um die in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen befindlichen deutschen Künstler zu

Ein besonderes Problem der Germanisierungsbestrebungen stellte das sogenannte Streudeutschtum dar. Zwar bildete dieses gewissermaßen Stützpunkte, an die man beim Ausbau der deutschen Positionen anknüpfen konnte, andererseits war das Streudeutschtum zahlenmäßig schwach und befand sich unter volkstumpolitischen Gesichtspunkten häufig in schlechtem Zustand<sup>78</sup>, so daß es sich in der Opposition gegen die tschechische Bevölkerung nur mit Mühe behaupten konnte.

Die Nationalsozialisten verwandten viel Sorgfalt darauf, diejenigen Deutschen zu registrieren, die – was häufig vorkam – nationalen Mischehen entstammten oder in solchen Ehen lebten, und versuchten sie zu überreden, daß sich wenigstens ihre Kinder zur deutschen Nationalität bekannnten, die deutsche Sprache benutzten und sich auch in anderer Weise als Deutscher zu erkennen gaben. Diese Kinder wurden bevorzugt in Schülerheime aufgenommen, die den Einfluß des tschechischen Milieus wieder rückgängig machen sollten<sup>79</sup>. Die Unterstützung solcher vereinzelter Deutscher gehörte zu jener alltäglichen Kleinarbeit in der volkstumpolitischen Strategie der Oberlandräte, die dauerhafte Ergebnisse in der Form fester Stützpunkte für den weiteren Volkstumskampf sichern sollte.

Im Jahr 1942 trat ein gewisser Bruch in den Germanisierungsbestrebungen ein, der vor allem auf das Scheitern der Blitzkrieg-Konzeption und die Mißerfolge der Wehrmacht an der Ostfront zurückzuführen ist<sup>80</sup>. Die Nationalsozialisten waren nun zwar gezwungen, ihre Zielvorstellungen in größerem Maße als bisher den Bedürfnissen der Kriegsmaschinerie unterzuordnen, gaben allerdings ihre Pläne zur „Eindeutschung“ Böhmens und Mährens nicht auf und nutzten weiterhin jede Möglichkeit, um zugunsten des Deutschtums in diesem Raum tätig zu werden. Die Zielvorstellung einer Germanisierung binnen kürzester Frist wurde jedoch immer seltener zum ausschlaggebenden Moment ihrer Entscheidungen.

---

fördern, wurde nach Bereitstellung von Mitteln aus dem Volkstumsfonds der Ankauf einiger Bilder vorgenommen.“ Deutschtumsarbeit im Jahre 1941, 12. Februar 1942 (Iglau). SÚA. ÚŘP, Karton 287, I 1b–2000–3.

<sup>78</sup> So schrieb der Iglauer Oberlandrat über die deutsche Gemeinde Karlau: „Das dort wohnhafte Deutschtum ist stark verarmt und macht biologisch einen verkümmerten Eindruck.“ Deutschtumsprogramm für das Jahr 1941, 11. Dezember 1940. SÚA. ÚŘP, Karton 290, I 1b–1090–2.

<sup>79</sup> Einer umfassenden Analyse der Hilfsmaßnahmen für das Streudeutschtum ist beispielsweise die Sonderbeilage des SD-Tagesberichts gewidmet: Streudeutschtum – Lage im OLB Olmütz. SÚA. ÚŘP, Karton 289, I 1b–2013.

<sup>80</sup> Dieser Umschwung schlug sich bereits in der Mehrheit der Berichte über die Deutschtumsarbeit im Jahr 1941 nieder. Dies betraf insbesondere die Einschränkung oder völlige Einstellung von Bauarbeiten, den Mangel an finanziellen Mitteln, vor allem aber das fehlende Reservoir an Personal und Arbeitskräften; hier machten sich auch die Einberufungen in die Armee bemerkbar. Stellvertretend für viele ähnliche Äußerungen sei hier die Feststellung des Budweiser Oberlandrats zitiert, der in einem seiner Berichte schrieb: „Einzelne Planungen, insbesondere auf personellem Gebiete, scheiterten an dem Mangel an einsatzfähigen deutschen Kräften, der sich mit Rücksicht auf die verstärkten Einziehungen zur Wehrmacht immer stärker fühlbar macht, und an Schwierigkeiten auf dem Bausektor. Die systematische Überführung von tschechischem Grund und Boden in deutsche Hände ist bisher zum Teil daran gescheitert, daß keine öffentlichen Mittel hierfür zur Verfügung standen.“ Deutschtumsbericht der Oberlandräte, 17. Februar 1942. SÚA. ÚŘP, Karton 287, I 1b–2000–3.